

Ein Jahr nach Fukushima – Stimmungsbild aus der Türkei

Ein Jahr nach Fukushima wird der Einstieg in die Kernenergie für die Türkei immer konkreter: die AKP-geführte Regierung hat sich durch die japanische Atomkatastrophe nicht beirren lassen und setzt bei ihrer Energieversorgungspolitik weiterhin auf den künftigen Einsatz von Nuklearenergie. Sie soll künftig zusammen mit den zahlreichen Wasserkraftwerkprojekten sowie der Versorgung mit importiertem Erdöl und – gas den Hauptteil des Energiebedarfs des Landes sicherstellen.

Eine nennenswerte Anti-AKW-Bewegung gibt es nicht. Bedenken und Proteste von Umweltverbänden oder Bürgerinitiativen wurden nur vereinzelt artikuliert und Forderungen von NROs, den Einstieg in die Atomenergie spätestens nach der Fukushima Katastrophe zu überdenken, fallen nicht ins Gewicht. Auch hat die AKP Regierung hat die Einwände der Oppositionsparteien CHP und MHP klar zurückgewiesen. Die Opposition stellt sich auch nicht prinzipiell gegen die Atomenergie: während sich das MHP-Lager aus strategischen Gründen für den Bau eines AKWs an einem anderen Standort ausspricht, hat die CHP nach Angaben ihres Vorsitzenden Kılıçdaroğlu „*nichts gegen Atomenergie, sondern nur gegen riskante und unkontrollierbare AKWs*“.

Laut Premierminister Erdoğan sollen in der Türkei insgesamt sechs Atomkraftwerke gebaut werden, die den höchsten Sicherheitsstandards entsprechen. Nach *Mersin-Akkuyu* und *Sinop* soll ein drittes AKW in

İğneada, an der Grenze zu Bulgarien, geplant sein. Anfang März 2012 hat das türkische Umweltministerium eine Umweltverträglichkeitsprüfung zugunsten der Atomenergie auf seiner Internetseite veröffentlicht. Das AKW-Projekt an der besonders erdbebengefährdeten Mittelmeerküste ist mit einer ersten Kapitalzufuhr von 700 Millionen Dollar seitens der Projektfirma Ende 2011 bereits in einem fortgeschrittenen Stadium. Für dieses AKW wurde die installierte Leistung bis auf 4800 Megawatt und 60 Jahre Laufzeit vorgesehen.

Laut Energieministerium sollen die AKW die Abhängigkeit von teurem Öl und Erdgas so gering wie möglich zu halten und die Unbeständigkeit von erneuerbaren Energiequellen ausgleichen helfen. Das explizite Ziel von Premierminister Erdoğan ist es, bis zum hundertjährigen Jubiläum der türkischen Republik im Jahr 2023 die nukleare Leistungskapazität auf 100.000MW zu erhöhen. Wind- und Wasserkraftwerke sollen dann je 20.000MW beisteuern.

Fazit: für die Türkei kann somit eher von einer Energiewende „in umgekehrter Richtung“ gesprochen werden.